

Steuerzahler verlangen Ende der kalten Progression



Der Bund der Steuerzahler hat die Bundesländer aufgefordert, über den Bundesrat eine Initiative zum Abbau der kalten Progression auf den Weg zu bringen. In einem Brief an den niedersächsischen Ministerpräsidenten und Bundesratspräsidenten Stephan Weil (SPD) hob Steuerzahler-Chef Reiner Holznagel die Ungerechtigkeit der kalten Progression hervor und stellte klar, dass die Rahmenbedingungen für deren Abschaffung so günstig seien wie nie zuvor.

"Aufgrund unseres derzeitigen Einkommensteuertarifs führen Lohnerhöhungen – auch wenn sie nur die Inflation ausgleichen – zu höheren Steuersätzen", erklärte Holznagel. Darunter litten gerade kleinere und mittlere Einkommen besonders stark. "Das ist zutiefst ungerecht", kritisierte er. Holznagel verwies auf eine aktuelle Umfrage des Bundes der Steuerzahler Nordrhein-Westfalen, die belegt, dass 80 Prozent der Bürger die Beseitigung der kalten Progression fordern. "Eine Reform ist deshalb überfällig", unterstrich er.

Nicht nur die sprudelnden Steuereinnahmen, sondern auch die Einführung des Mindestlohns seien gute Gründe, diesen Schritt jetzt zu machen. "Es macht nämlich keinen Sinn, dass gerade Geringverdiener zwar einen höheren Bruttoverdienst erhalten, aber am Ende nicht durch deutlich mehr Netto davon profitieren", stellte Holznagel klar. Er rief Weil auf, über den Bundesrat eine entsprechende Reform zu unterstützen.